iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
SEPTEMBER 2026

ENTSCHEIDENDER BAUSTEIN FÜR WACHSTUM UND VORSORGE

INTERVIEW
Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas

Seite 2

TIROL
Euregio-Premie für Industrie und Hochschulen

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

KLIMAGESETZ
Gold Plating der Superlative

Seite 4

„Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas“

Tim Walz ist seit 2019 Gouverneur von Minnesota. Im Interview spricht der Demokrat darüber, wie er die Wettbewerbsfähigkeit seines Bundesstaats stärkt – und über die Herausforderung für die Wirtschaft, wenn Washington „engste Verbündete wie Gegner behandelt“.

Tim Walz ist Gouverneur von Minnesota.

Als Gouverneur hat die Wettbewerbsfähigkeit Minnesotas als Wirtschaftsstandort für Sie Priorität. Mit welchen konkreten Maßnahmen sorgt Ihre Regierung dafür, dass der Bundesstaat wettbewerbsfähig bleibt – etwa in den Bereichen Steuern, Fachkräfteentwicklung oder Infrastruktur?
Tim Walz: Minnesota zu einem hervorragenden Wirtschaftsstandort zu machen ist eine meiner obersten Prioritäten. Dafür konzentrieren wir uns auf die Rahmenbedingungen, die für Unternehmen am wichtigsten sind: ein starkes Investitions- und Innovationsklima, den Aufbau eines qualifizierten Arbeitskräftepools sowie langfristige Investitionen in die Infrastruktur.

Einer der größten Schritte, die wir unternommen haben, ist die Auflage des Minnesota Forward Fund – diese 390-Millionen-Dollar-Initiative stärkt unsere Position im Wettbewerb um große Expansionsprojekte, indem wir Unternehmen, die an unserem Standort wachsen wollen, Zuschüsse, Kredite und erlassbare Darlehen bieten. Über unsere gesamten Förderprogramme hinweg – einschließlich des Minnesota Forward Fund, des Job Creation Fund und des Minnesota Investment Fund – haben wir allein im Jahr 2025 mehr als 164 Millionen Dollar investiert, um 69 Unternehmen beim Wachstum zu unterstützen und Tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Minnesotas zu sichern bedeutet auch, in die Menschen zu investieren. Deshalb haben wir den Zugang zu leistbarer Kinderbetreuung ausgebaut, den Zugang zu Lehrstellen erweitert und Community Colleges sowie die berufliche Weiterbildung für viele junge Menschen kostenlos zugänglich gemacht. Mit unserem Drive for 5 Workforce Fund qualifizieren wir Arbeitskräfte gezielt für Mangelberufe in den Bereichen Technologie, Industrie, Bildung, Pflege und Handwerk.

Die Infrastruktur ist ein weiterer Eckpfeiler unserer starken Wirtschaft, und hier haben wir Rekordinvestitionen getätigt. Im Jahr 2026 hat meine Regierung ein anleihenfinanziertes Investitionspaket im Umfang von 1,2 Milliarden Dollar verabschiedet, um die kritische Wasserinfrastruktur zu stärken, wichtige Verkehrskorridore zu sichern und das Gemeinwesen in ganz Minnesota zu unterstützen. Diese Investition bildete den Höhepunkt von acht Jahren und über acht Milliarden Dollar an Infrastrukturinvestitionen während meiner Amtszeit als Gouverneur – einschließlich des historischen Infrastrukturgesetzes von 2023 über 2,6 Milliarden Dollar, des größten in der Geschichte unseres Bundesstaats.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand der transatlantischen Beziehungen – und welche Bedeutung hat die EU für die Vereinigten Staaten und für Minnesota?
Das von der Trump-Administration verursachte Chaos eröffnet europäischen Ländern und US-Bundesstaaten die Chance, ihre direkte Zusammenarbeit wiederzubeleben. Die Bundesstaaten verfügen über weitreichende Autonomie, um ihre Volkswirtschaften zu gestalten, Unternehmen zu unterstützen und starke regionale Handelsbeziehungen aufzubauen.

Europa bleibt einer der engsten Handelspartner Minnesotas, und wir schätzen Geschäftsbeziehungen mit Ländern, die unser Bekenntnis zu Innovation, wirtschaftlichen Chancen und demokratischen Werten teilen. Viele der Stärken Minnesotas stimmen eng mit den Prioritäten Europas überein. Minnesota ist weltweit führend in der Medizintechnik und im Gesundheitswesen – als Gründungsort von Medtronic und der Mayo Clinic bieten nur wenige andere Standorte eine derart dynamische Mischung aus Start-ups, Branchenführern der Medizintechnik, klinischer Expertise sowie Forschung und Entwicklung im Bereich der Life Sciences. Wir haben einige der ambitioniertesten Richtlinien für saubere Energie in den USA verabschiedet und fördern gezielt das Wachstum bei erneuerbaren Energien, modernen Werkstoffen und nachhaltigen Flugkraftstoffen. Darüber hinaus ist Minnesota weltweit führend in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung – von Dünge- und Futtermitteln bis hin zur Herstellung von Präzisionsmaschinen.

US-Bundesstaaten sind die Motoren für Innovation und Wirtschaftswachstum, und Minnesota ist bestrebt, Partnerschaften zu vertiefen, die auf beiden Seiten des Atlantiks neue Chancen eröffnen.

In welche Richtung wird sich die US-amerikanische Wirtschaft Ihrer Meinung nach entwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Midterms?
Die Vereinigten Staaten waren wirtschaftlich immer dann am erfolgreichsten, wenn wir in die Menschen investiert, Innovationen gefördert und den Unternehmen die nötige Planungssicherheit gegeben haben, um zu wachsen. Derzeit sorgt jedoch das, was aus Washington kommt, für erhebliche Volatilität. Die größte Herausforderung für die US-Wirtschaft ist kein Mangel an Talenten oder Ideen – es ist die Instabilität. Unternehmen tätigen keine langfristigen Investitionen, wenn sich die Handelspolitik täglich ändert, unsere engsten Verbündeten wie Gegner behandelt werden oder das Regieren im Krisenmodus zur Norm wird. Diese Unsicherheit erschwert es massiv, Personal einzustellen, zu investieren und zu wachsen.

Minnesota hat einen anderen Ansatz gewählt. Wir haben langfristig in unsere Arbeitskräfte, unsere Infrastruktur und unsere Gemeinden investiert, denn Unternehmen brauchen die Gewissheit, dass sich die Regeln nicht von heute auf morgen ändern – und dass der Staat ein verlässlicher Partner ist.

Ehrungen

15 Jahre an der Spitze der IV

Vor 15 Jahren wurde Christoph Neumayer von Veit Sorger als Generalsekretär der Industriellenvereinigung berufen – ein Jubiläum, das im Haus der Industrie gebührlich gefeiert wurde.

Christoph Neumayer leitete zehn Jahre lang den Bereich Marketing & Kommunikation, bevor er am 11. April 2011 vom damaligen IV-Präsidenten Veit Sorger zum Generalsekretär berufen wurde. Zum Schwarzenbergplatz 4 führte Neumayer ein Weg, der im ORF-Newsroom begann, wo er als ständiger freier Mitarbeiter der ORF-Minderheitenredaktion, später als Redakteur und Chef vom Dienst mit dem Schwerpunkt Innenpolitik und EU tätig war und sich auch als Betriebsrat engagierte. 1995 erhielt er mit der Redaktion den Claus-Gatterer-Journalistenpreis.

Anfang September wurde Neumayers Jubiläum im Haus der Industrie mit einem hohen Aufgebot prominenter Gratulanten aus Wirtschaft und Politik gefeiert. Es wird heuer nicht die letzte Jubiläumsfeier der IV bleiben: Den Verein selbst gibt es seit 1946 und damit seit 80 Jahren.

Ehrenzeichen für Markus Beyrer

Markus Beyrer wurde im Haus der Industrie mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer erhielt das Große Silberne Ehrenzeichen aus den Händen von Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer; dieser überreichte ihm die Auszeichnung im Rahmen eines Festakts für Beyrers Verdienste um die Republik Österreich und insbesondere um die österreichische Industrie und den Wirtschaftsstandort. Die Ehrung fand mit dem Haus der Industrie an einem Ort statt, mit dem Beyrer eng verbunden ist: Von 2004 bis 2011 war er selbst Generalsekretär der Industriellenvereinigung und gestaltete über viele Jahre österreichische Industriegeschichte mit. Seit Ende 2012 steht er an der Spitze von BusinessEurope in Brüssel, dem europäischen Arbeitgeber- und Industriedachverband. Zu dem Festakt im Haus der Industrie waren zahlreiche Weggefährtinnen und Wegbegleiter Beyrers gekommen.

Fotos: IV

Ohne Kapitalmarkt keine Weltmarktführer

Österreich kann Ideen. Was fehlt, ist das Kapital, sie hier zu Ende zu denken – bei jungen Unternehmen genauso wie bei etablierten.

Es ist ein Dilemma, das wir schon lange erleben: Europa hat Ideen, Österreich nicht weniger; an Universitäten, in Forschungszentren, in Werkshallen entstehen Technologien, die weltweit gefragt sind – das Problem beginnt, wenn daraus etwas Großes werden soll. Dann fehlt das nötige Kapital, und mit ihm die Chance, den Erfolg dort zu behalten, wo er entstanden ist. Das ist kein Startup-Problem – es ist ein Standortproblem, und es betrifft ein etabliertes Industrieunternehmen, das seine nächste Produktionslinie automatisieren will, genauso wie ein zwei Jahre altes Tech-Unternehmen mit den ersten zahlenden Kunden: Beide brauchen Kapital, das über den klassischen Bankkredit hinausgeht; beide treffen in Österreich auf einen Kapitalmarkt, der gut, aber dafür im Vergleich zu dünn ist.

Eine kleine, offene, exportstarke Volkswirtschaft hat keine Wahl zwischen Innovation und Stillstand. Der Heimmarkt ist zu klein für ein eigenes Wachstumsmodell, Wohlstand entsteht hier über den Verkauf im Ausland. Sobald ein Wettbewerber billiger, schneller oder digitaler produziert, ist die Antwort nicht Kostensenkung, sondern die nächste technologische Stufe. Und Innovation in diesem Sinn ist nicht nur die Gründung, sondern auch die Investition eines siebzig Jahre alten Maschinenbauers in eine neue Fertigungstechnologie oder der Sprung eines Mittelständlers vom nationalen Nischenanbieter zum europäischen Marktführer. All das bindet Kapital über Jahre und trägt Risiko, das eine Bankbilanz nicht tragen will. Wer nur über Wagniskapital für Startups spricht, greift zu kurz – die Lücke liegt in der Wachstums- und Transformationsfinanzierung quer durch alle Unternehmensgrößen.

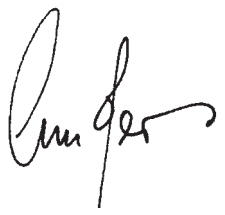
Der geplante Scale-up-Dachfonds, der sich auch in der Industriestrategie findet, setzt an der richtigen Stelle an: Öffentliches Geld bündelt privates Kapital und fließt in professionelle Wachstumsfonds, die Eigenkapital statt Kredit bereitstellen. Er kann mehr sein als das nächste Förderinstrument – wenn unabhängige Profis Investitionsentscheidungen treffen und nicht Interessenvertretungen im Streit um Anteile.

Ein Dachfonds allein löst das Standortproblem aber nicht. Was es zusätzlich braucht:

- Eine Behaltefrist in der Kapitalertragsteuer. Wer Aktien oder Fondsanteile über mehrere Jahre hält, sollte den Kursgewinn am Ende steuerfrei stellen können. Das lenkt Kapital dorthin, wo es Unternehmen wirklich beim Wachsen hilft, statt es in kurzfristigen Umschichtungen zu binden.
- Mehr Aktien in Pensionskassen und Abfertigungskassen. Österreichisches Vorsorgekapital ist reichlich vorhanden und wird traditionell zu vorsichtig veranlagt. Eine stärkere Aktienquote in der kapitalgedeckten Vorsorge brächte dieses Geld näher an heimische Wachstumsunternehmen.
- Steuerlich attraktivere Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Sie bindet Beschäftigte an den Erfolg ihres Unternehmens und macht Eigenkapital zu einer Quelle, die nicht nur institutionelle Anleger kennen.
- Tempo bei der europäischen Kapitalmarktunion. Ein fragmentierter EU-Kapitalmarkt schadet gerade kleinen, offenen Volkswirtschaften am meisten, weil sie am stärksten auf grenzüberschreitendes Kapital angewiesen sind.

Ohne gestärkten Kapitalmarkt wird es immer schwieriger mit dem Wirtschaftswachstum. Patente, Talente und gute Geschichten stammen dann weiter von hier, Produktion, Gewinne und strategische Entscheidungen liegen woanders. Ein Kapitalmarkt, der auch etablierten Unternehmen Eigenkapital für den nächsten großen Schritt bietet, ist für eine Volkswirtschaft, die vom Export lebt, essenziell. Er ist die Voraussetzung dafür, dass das, was hier erfunden wird, auch hier groß werden darf.

Ihr



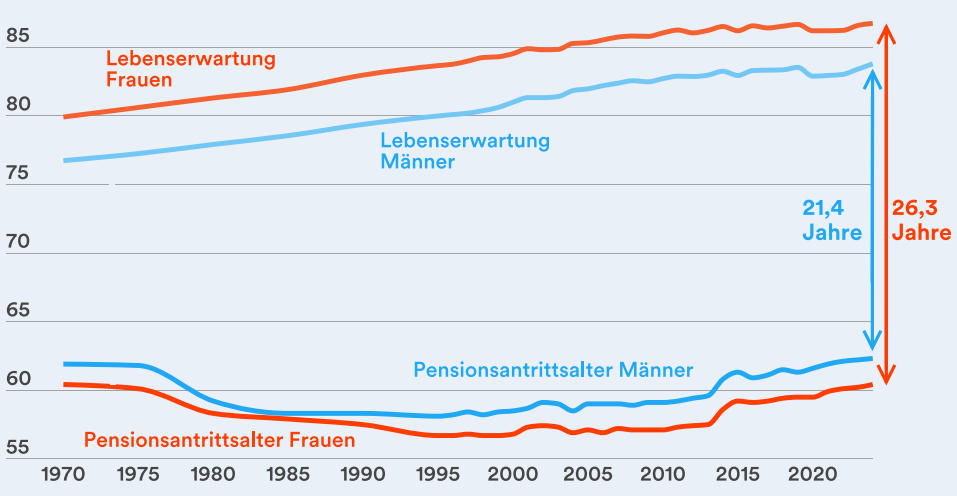
Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Das faktische Pensionsantrittsalter hat sich zwischen 1970 und 2024 nur wenig verändert – Männer gingen 1970 mit 61,9 Jahren in Pension, 2024 mit 62,3; bei Frauen blieb der Wert mit 60,4 Jahren praktisch gleich. Die Lebenserwartung mit 65 Jahren stieg im selben Zeitraum hingegen deutlich stärker: So stieg sie bei Männern von 76,8 auf 83,8 Jahre sowie bei Frauen von 80,0 auf 86,7 Jahre an, jeweils rund 7 Jahre mehr. Daraus ergibt sich eine erwartete Pensionsbezugsdauer von aktuell 21,4 Jahren bei Männern und 26,3 Jahren bei Frauen; 1970 waren es noch 14,9 bzw. 19,6 Jahre. Für die gesetzliche Pensionsversicherung, die nach dem Umlageverfahren finanziert wird, ist das ein zentraler Kostentreiber. Zusätzlich verschärft wird die Lage dadurch, dass die geburtenstarken Jahrgänge nun sukzessive in Pension gehen, während gleichzeitig weniger jüngere Erwerbstätige nachrücken, um das Umlagesystem zu finanzieren.

Österreicher sind immer länger in Pension

Lebenserwartung mit 65 Jahren und Pensionsantrittsalter nach Geschlecht bis 2024, in Jahren



Quellen: Statistik Austria, Selektiv

Zahl des Monats

13,5 Mrd. Euro

Auf diese Summe steigen Österreichs gesamtstaatliche Zinsausgaben laut Fiskalrat bis zum Jahr 2030; mehr als das Dreifache des Werts von 2022 (4,3 Mrd. Euro). Auch die Zinsquote steigt deutlich, von 1,0 % auf 2,3 % des BIP. Getrieben wird das von den hohen Budgetdefiziten der vergangenen Jahre sowie davon, dass günstige Anleihen aus der Niedrigzinsphase nun zu deutlich höheren Sätzen refinanziert werden müssen. Mit durchschnittlich 10,4 % pro Jahr wachsen die Zinsausgaben schneller als jede andere Budgetposition und engen den Spielraum weiter ein.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen" erscheint 6 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland/Emmerich Mädl, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Günther Langegger , IV-OÖ/Tatiana Böcksteiner, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija Kanizaj und Thomas Luef, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg/ORF, VN, NEUE, Krone, WPA, 7ProTV, IV-Wien/LeSteve/eventframes.at

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: IV, Grafik: Selektiv

Talent moves, Europe wins: Internationale Fachkräfte gezielter anwerben

In Alpbach standen für die Industriellenvereinigung die Fachkräfte im Zentrum. In den nächsten zehn bis zwölf Jahren könnten in Österreich demografisch bedingt rund 540.000 Arbeitskräfte fehlen.

Österreich steuert auf eine massive Fachkräftelücke zu: In den nächsten zehn bis zwölf Jahren könnten dem Arbeitsmarkt demografisch bedingt rund 540.000 Arbeitskräfte fehlen. Gleichzeitig verliert das Land gut integrierte internationale Talente – genau jene Menschen, die Wirtschaft, Forschung und Innovation dringend brauchen. Migration muss daher als Teil der Fachkräftelösung verstanden werden; internationale Fachkräfte brauchen klare Perspektiven, rasche Verfahren und ein attraktives Arbeits- und Lebensumfeld.

Auf Basis zweier Policy-Analysen der Internationalen Organisation für Migration formuliert die IV sechs Empfehlungen:

1. Bindung vor Anwerbung: Die Bindung internationaler Arbeits- und Fachkräfte, die bereits in Österreich leben, muss politische und gesellschaftliche Priorität werden. Zwischen 2011 und 2023 haben 170.000 gut integrierte Zugewanderte Österreich wieder verlassen.
2. Schnellere Anerkennung von Qualifikationen: Der Weg zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss einfacher und schneller werden. Derzeit arbeiten mehr als 40 Prozent der Drittstaatsangehörigen in Österreich unter ihrem Qualifikationsniveau.
3. Internationale Studierende als Zielgruppe: Mehr als die Hälfte der internationalen Bachelorabsolventinnen und -absolventen verlässt Österreich binnen drei Jahren. Diese Gruppe muss aktiv gewonnen werden.
4. Gezieltere Anwerbung und einfachere Rot-Weiß-Rot-Karte: Derzeit überschreitet ein Viertel der Verfahren die gesetzliche Frist.
5. Österreichweites Skills-Monitoring: Eine Skills Agency soll evidenzbasierte Grundlagen für die Fachkräftepolitik liefern.
6. Rasche Fachkräftestrategie: Die von der Regierung angekündigte Fachkräftestrategie muss rasch beschlossen und konsequent umgesetzt werden.

Auch beim Europäischen Forum Alpbach widmete die IV dem Thema eine Session mit rund 40 Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Industrie, Wirtschaft und Politik, darunter EU-Kommissar Magnus Brunner, Bildungsminister Christoph Wiederkehr und IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka. Klar wurde: Wer internationale Talente gewinnen und halten will, muss den alltäglichen Umgang mit Zugewanderten, Verwaltung und Arbeitsmarkt zusammendenken. Für den Industriestandort Österreich wird das zur Schlüsselaufgabe.

Expertenmeinung von DIETER DREXEL

Klimagesetz – Gold-Plating der Superlative

Das Klimaziel 2040 ist eine schwere Hypothek für den Standort. Sie betrifft die Industrie sehr wohl – und auch die Menschen, die deutlich mehr für ihren Sprit, für die Heizung ihrer Wohnung und für das tägliche Leben zahlen werden müssen.

Dieter Drexel, IV-Experte für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie

Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, das seit Jahren diskutierte Klimagesetz, nun aber wirklich, zunächst in Begutachtung zu schicken und in weiterer Folge im Parlament beschließen zu lassen. Ausgangspunkt für den jüngsten politischen Anlauf war das Gezerre um die Dürrehilfen für die Landwirtschaft: Es ist der SPÖ gelungen, kurzfristig notwendige Hilfen für schwer betroffene Landwirte mit einem langfristig hochrelevanten Thema wie dem Klimagesetz zu junktimieren. Mittlerweile wurden um diese beiden Themen eine Reihe weiterer Gesetze, etwa das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz oder das CCS-Gesetz, zu einem Paket zur politischen Umsetzung geschnürt, was es naturgemäß schwieriger machen soll, einzelne inhaltliche Punkte zu lobbyieren.

Bleiben wir beim Klimagesetz und dessen zentralem und alle anderen Aspekte weit überragendem Kernpunkt – dem nationalen Alleingang, bis 2040 Klimaneutralität erreichen zu wollen; und nicht bis zum Jahr 2050, wie sich dies die EU als Ganzes zum Ziel gesetzt hat: Letztlich bedeutet dieses Mega-Gold-Plating eine schwere Hypothek für den Standort und für die Menschen in diesem Land. Das ist der zentrale Grund für die vehemente und auch weiterhin aufrechte Ablehnung dieses politischen Vorhabens durch die IV.

Dabei ist es irreführend zu behaupten, diese Klimaneutralität 2040 gelte nicht für die Industrie – denn auch Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen (und für deren unmittelbare Emissionen weiterhin der EU-Emissionshandel relevant ist), sind natürlich auf Transportleistungen angewiesen, die teurer werden; sie kaufen Vorprodukte und Energie in Österreich ein, die teurer werden; und zahlen Löhne, die aufgrund der getriebenen Inflation ebenfalls teurer werden. Für die überwältigende Vielzahl der produzierenden Unternehmen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, würde 2040 ohnedies voll gelten – mit all den Belastungen, die aus dem Klimagesetz und insbesondere den in weiterer Folge darauf aufbauenden Gesetzen folgen.

Im Übrigen gilt die angesprochene Hypothek auch für die Menschen in unserem Land, die deutlich mehr für ihren Sprit, für die Heizung ihrer Wohnung und für das tägliche Leben zahlen werden müssen.

Die Besonderheit dieser politischen Chuzpe liegt nun darin, dass die Milliarden an Mehrkosten für dieses Gold-Plating der Superlative tatsächlich keinerlei (in Zahlen: 0) Nutzen für das Klima bedeuten. Österreich ist Teil der EU und damit Teil der EU-Klimaverpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen und dem Paris-Prozess; und Österreich ist Teil der Klimaverpflichtung der EU in ihrem Innenverhältnis mit der im EU-Klimagesetz verankerten Zielsetzung, bis 2050 klimaneutral zu sein. Wenn also Österreich bereits 2040 klimaneutral ist, bedeutet das lediglich, dass andere Staaten in der EU etwas mehr Spielraum für eigene Emissionsreduktionen bekommen – die EU wird deshalb dennoch erst bis 2050 klimaneutral –; dem Klima hat der Sonderweg Österreichs also nichts gebracht.

Das Bekenntnis der IV zur Transformation des Energiesystems steht bei alledem außer Streit. Auch wenn das Ziel der Klimaneutralität im gesamteuropäischen Rahmen bis 2050 für die Industrie unglaublich anspruchsvoll ist – ist es zumindest mehr als ein teures politisches Hirngespinst.

Fotos: Adobe Stock, BMLUK-Hemerka

Industriestrategie: Drei neue FTI-Maßnahmen auf den Weg gebracht

„Leading Companies“ werden bei Forschung und Entwicklung unterstützt und die Förderagenturen an Schlüsseltechnologien ausgerichtet.

Anfang September wurde das neue FFG-Programm „Leading Companies“ vorgestellt, das global agierende und führende Unternehmen bei der Ausweitung ihrer F&E-Aktivitäten und beim Aufbau leistungsfähiger Innovationsökosysteme unterstützt. Die „Leading Company“ definiert dabei eine technologiegetriebene F&E-Roadmap zur Erschließung von Zukunftsmärkten, aktiviert das Ökosystem und bringt über die Förderungen hinaus substanzielle Eigeninvestitionen ein.

In Phase 1 des Programms ist die Vorbereitung einer F&E-Roadmap im Fokus (Einreichfrist: 30.11.2026); danach werden die ausgewählten Roadmaps vertieft und Ökosysteme aufgebaut. In Phase 2 (ab Herbst 2027) gehen die Projekte in Umsetzung. Insgesamt stehen 60 Mio. € zur Verfügung.

Entscheidend ist aus Sicht der IV, Instrumente und Maßnahmen zu einzelnen Schlüsseltechnologien gut aufeinander abzustimmen, um geballte Kraft entwickeln zu können. Dazu zählt auch, die themenoffenen FFG-Basisprogramme konsequent fortzuführen und auszubauen.

Anfang September wurden weitere FTI-Maßnahmen aus der Industriestrategie in Umsetzung gebracht: Die Förderagenturen FFG, aws, CDG und ABA werden an einem Leitbild 2030 ausgerichtet, das neun Handlungsfelder umfasst, u. a. die Ausrichtung auf die definierten neun Schlüsseltechnologien, die Erprobung des Prinzips „Made in Europe“ in geeigneten Instrumenten, eine verbesserte Organisation der Marktüberleitung, die Anwendung des Once-only-Prinzips und ein gemeinsamer internationaler Auftritt.

Schließlich wird mit dem geöffneten Fördercall (Einreichung bis 7.10.2026) für die Teilnahme am „Important Project of Common European Interest on Advanced Semiconductor Technology (IPCEI AST)“ eine der strategischen Schlüsselmaßnahmen der Industriestrategie in Umsetzung gebracht. Dafür stehen für Österreich 80 Mio. € zur Verfügung.

Technology Talks Austria 2026: Mutige Zukunftsinvestitionen

Die Tech Talks widmeten sich der Frage, wie Europa wissenschaftliche Exzellenz in technologische Stärke, industrielle Wertschöpfung und strategische Resilienz übersetzen kann.

Bei den Technology Talks Austria 2026 lag im September unter dem Leitthema „Empowering Europe: Technological Leadership for a Resilient Future“ mit mehr als 1.000 Teilnehmern aus Industrie, Forschung und Politik der Fokus darauf, wie Europa wissenschaftliche Exzellenz in industrielle Wertschöpfung und strategische Resilienz übersetzen kann.

IV-Präsident Georg Knill betonte in seiner Eröffnung, dass Europa angesichts des globalen Technologiewettbewerbs wieder zum aktiven Gestalter seiner Zukunft werden müsse. Trotz des hohen Drucks investieren Leitbetriebe weiterhin massiv in F&E und übernehmen unternehmerisches Risiko; zwei Drittel der österreichischen Forschungsausgaben werden von Unternehmen getragen. „Damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich und Europa bleiben, brauche es jetzt konsequenten Fokus auf Forschung, Technologie und Innovation und mehr Tempo bei der Umsetzung der Industriestrategie“, so Knill.

Der von der Industriellenvereinigung organisierte Arbeitskreis „Taking the Quantum Leap: How can Europe become the industrial powerhouse of quantum technologies?“ brachte Perspektiven aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Start-ups zusammen. Herausragende Grundlagenforschung eröffnet zunehmende Möglichkeiten für konkrete industrielle Anwendungen; weltweit wird massiv in Quantentechnologien investiert. Der EU Quantum Act, den die EU-Kommission im zweiten Halbjahr vorlegen wird, soll die Rahmenbedingungen in Europa setzen. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka betonte, es brauche mutige Ziele für weltweit skalierbare Produkte in Quantentechnologien. Ein Beispiel: Europa soll bis 2030 den ersten Quantencomputer der nächsten Generation auf den Markt bringen.

Beim IV-CEO-Industriefrühstück mit Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner, Bundesminister Peter Hanke, Staatssekretärin Elisabeth Zehetner sowie CEOs führender Technologieunternehmen standen die Prioritäten bei der Umsetzung der Industriestrategie und anstehende FTI-politische Weichenstellungen im Mittelpunkt. Gefordert wurden klare Schwerpunkte bei Schlüsseltechnologien und zugleich die Stärkung themenoffener Instrumente wie der Forschungsprämie, der FFG-Basisprogramme und der Christian Doppler Labore sowie die Absicherung des Fonds Zukunft Österreich; ebenso wie der Einsatz für ein starkes EU-Forschungsrahmenprogramm mit mindestens 200 Mrd. Euro. Zudem gelte es, den Startup- und Scaleup-Dachfonds nach internationalem Vorbild rasch umzusetzen.

Europas technologische Stärke entsteht dort, wo exzellente Forschung rasch in industrielle Anwendungen und skalierbare Lösungen überführt wird. Die IV fordert daher, dass Österreich und Europa gezielt in Schlüsseltechnologien investieren, den Technologietransfer beschleunigen und den Risikokapitalmarkt stärken müssen.

Fotos: Adobe Stock, Markus Prantl

Entscheidender Baustein für Wachstum und Vorsorge

Wenn Österreich den Kapitalmarkt für die private Vorsorge attraktiver macht, hat das gleich mehrere positive Effekte: Vorsorgelücken werden geschlossen, das staatliche System wird entlastet – und nicht zuletzt wird der Kapitalmarkt zur Finanzierung von Innovation und Wachstum gestärkt.

Im Sommer ist sie kurz aufgeflammt, die Debatte rund um eine Behaltefrist – aufgebracht von der ÖVP, unterstützt von den Neos, allerdings gegen den Widerstand der SPÖ nicht durchsetzbar, zumal sie auch nicht im Regierungsprogramm steht. Fast überraschend startete die ÖVP nun mit dem „Zukunftsdepot" in den politischen Herbst: Für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr soll ein spesen- und gebührenfreies Anlagedepot geschaffen werden, mit dem jährlich bis zu 5.000 Euro spesen- und gebührenfrei angelegt werden können. Das Kapital bleibt dabei aber ausnahmslos bis zum 18. Geburtstag des Kindes gesperrt, Kursgewinne bis zum 18. Geburtstag sind gänzlich von der Kapitalertragssteuer (KESt) befreit – danach anfallende Gewinne müssen ganz normal versteuert werden. Auch bei vergleichsweise niedrigen Sparbeträgen von monatlich 50 Euro könnte so bis zum 18. Geburtstag des Kindes ein Vermögen von 21.000 Euro anwachsen.

Die budgetären Folgen des Zukunftsdepots wären gering: Die teilnehmenden Banken würden die Spesen und Gebühren nicht ersetzt bekommen, hier würden dem Staat jedenfalls keine Kosten entstehen, so ÖVP-Familienministerin Claudia Bauer – der Vorteil des Zukunftsdepots bestehe für die Banken in langfristiger Kundenbindung. Ministerin Bauer plant darüber hinaus ein „Startguthaben" für das Zukunftsdepot: Zum Kostenpunkt von rund 40 Mio. Euro sollen allen 2027 geborenen Kindern 500 Euro an Guthaben bei Einrichtung eines Zukunftsdepots zuteilwerden.

Die Volkspartei will sich zwar weiterhin für die Wiedereinführung einer allgemeinen Behaltefrist einsetzen, in der derzeitigen Regierungskonstellation scheint das jedoch nicht möglich. Das Zukunftsdepot wäre aber bereits ein Schritt in diese Richtung, denn immerhin gäbe es dann eine Behaltefrist für Kinder und Jugendliche. „Und das könnte zu einem gesellschaftlichen Umdenken beitragen: weg von der Wahrnehmung des Kapitalmarkts als Instrument für Spekulation, hin zu einem stärkeren Bewusstsein für dessen langfristige Ertragschancen und den Nutzen dieser Gewinne für die breite Gesellschaft. Die Wiedereinführung der allgemeinen Behaltefrist ist der nächste logische Schritt", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Deutschland: Vorsorgedepot für alle

In Deutschland geht das staatlich geförderte Vorsorgedepot bereits einen Schritt weiter als das Zukunftsdepot in Österreich: Mit Jahresstart 2027 gibt es in Deutschland ein gefördertes Altersvorsorgedepot für alle – ohne Beitragsgarantie kann dann in ETFs, Fonds und ELTIFs investiert werden; die Anbieterkosten sind auf ein Prozent pro Jahr gedeckelt. Gefördert werden bis zu 1.800 Euro Jahreseinzahlung mit einer gestaffelten Zulage von bis zu 540 Euro, eine steuerbegünstigte Aufzahlung ist bis 6.840 Euro möglich. Für Kinder ab sechs Jahren zahlt der Staat über die geplante Frühstart-Rente zusätzlich zehn Euro monatlich ein. Parallel dazu empfiehlt die Alterssicherungskommission in ihrem Bericht eine kapitalgedeckte Komponente in der ersten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung: Ab 2028 soll ein über zusätzliche Lohnnebenkosten finanzierter Beitrag in einen individuellen Kapitalstock fließen. Ob das wirklich kommt, ist noch offen, bisher gibt es zumindest ein klares Bekenntnis. Der Koalitionsausschuss beschloss Anfang Juli, alle 33 Kommissionsempfehlungen umzusetzen. Das Gesetzgebungsverfahren soll laut Bundeskanzler Merz noch 2026 abgeschlossen werden.

„Ein starker Kapitalmarkt ist unabdingbar, wenn wir den nächsten Aufschwung finanzieren wollen."

In eine ähnliche Kerbe schlägt der Vorschlag von Bundeskanzler Stocker, einen Staatsfonds einzurichten, der seine Gelder am Kapitalmarkt veranlagt und dessen Erträge die staatlichen Beiträge zu den Pensionen stützen sollen. Anders als in Deutschland will Stocker das aber nicht über Lohnnebenkosten finanzieren und individuell gestalten, sondern den Fonds aus Dividenden der Staatsbeteiligungen speisen; als Vorbild dient Norwegen. „Das wäre allerdings keine Lösung des strukturellen Finanzierungsproblems – ein solcher Fonds kann ein Beitrag sein, begleitet von längst überfälligen Strukturreformen des Pensionssystems", so IV-Generalsekretär Neumayer. Wäre er bereits 2015 nach norwegischem Vorbild gestartet worden, läge das Vermögen 2026 bei rund sieben Milliarden Euro, wie Berechnungen des Wirtschaftspolitik-Mediums Selektiv ergeben haben. Bei sechs Prozent Rendite ab 2027 läge das Vermögen 2032 bei 15,4 Milliarden Euro und 2041 bei rund 35 Milliarden. Derzeit schießt der Staat den Pensionen aus dem Bundesbudget rund 33 Milliarden Euro jährlich zu.

Bei der zweiten Säule des Pensionssystems, der betrieblichen Vorsorge, konnte sich die Regierung bereits auf eine Reform einigen. Kernstück ist ein neues Standardprodukt der Pensionskassen: Beschäftigte können ihre Ansprüche aus der „Abfertigung neu" künftig freiwillig und kostenfrei in eine Pensionskasse übertragen – unabhängig davon, ob der eigene Arbeitgeber eine entsprechende Lösung anbietet. Ergänzend entsteht ein neues, freiwilliges Veranlagungsmodell ohne Kapitalgarantie, das höhere Ertragschancen eröffnen soll. Der Nachholbedarf ist beträchtlich: Während hierzulande nur rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Pensionskassen veranlagt sind, liegt dieser Wert in Dänemark bei etwa 206 Prozent.

Fast jeder Dritte besitzt Wertpapiere

Das Interesse der Bevölkerung am Kapitalmarkt ist dabei durchaus vorhanden: Daten des Aktienforums zeigen, dass mittlerweile rund 2,4 Millionen Österreicher Wertpapiere besitzen, das ist fast jeder Dritte. Unter den Wertpapierbesitzern sind Investmentfonds und Aktien die beliebtesten Anlageformen; Anleihen sind weniger beliebt, ihr Anteil steigt jedoch in den letzten Jahren an. Weitere 1,4 Millionen Österreicher können sich grundsätzlich vorstellen, in Wertpapiere zu investieren. Im internationalen Vergleich zeigt sich jedoch, dass Verbesserungspotenzial besteht: Österreich liegt beim Aktienbesitz unter dem EU-Schnitt. Ein großes Hindernis ist hier fehlendes Finanzwissen und die weitverbreitete Skepsis, der Kapitalmarkt sei zu risikoreich und rein spekulativ. Auch deshalb liegt weiterhin mehr Geld in Sparbüchern als in Wertpapieren.

„Ein tieferer Kapitalmarkt würde nicht nur der privaten Vorsorge der Österreicher zugutekommen, sondern auch den österreichischen Unternehmen, dem Wirtschaftswachstum und damit dem gesamten Standort", sagt Neumayer. Österreichs Unternehmensfinanzierung ist stark kreditbasiert – für Wachstums- und Technologieunternehmen, die Eigenkapital brauchen, ist das ein strukturelles Problem: In der Europäischen Union waren die Venture-Capital-Investitionen zuletzt zehnmal niedriger als in den USA – europäische Startups suchen Kapital oft im Ausland oder verlagern ihren Sitz dorthin. Die Kapitalmarktunion soll das ändern. „Ob der politische Wille dazu reicht, wird sich zeigen – sowohl in Österreich als auch auf EU-Ebene. Die Zeit drängt jedenfalls, denn ein starker Kapitalmarkt ist unabdingbar, wenn wir den nächsten Aufschwung finanzieren wollen", sagt der IV-Generalsekretär abschließend.

„Europa verfügt über enormes privates Vermögen“

In Österreich fehlt es im Vergleich zu nordischen Ländern an einer stärkeren Kapitalmarktkultur – aber auch auf EU-Ebene muss sich etwas bewegen.

Wo liegen die größten Herausforderungen für den österreichischen Kapitalmarkt?
Angelika Sommer-Hemetsberger: In Österreich hat sich bereits einiges getan – aber im europäischen Vergleich zu nordischen Staaten wie Dänemark und Schweden fehlt es an einer stärkeren Kapitalmarktkultur. Davon verdienen 1,3 Millionen Menschen weniger als 3.000 Euro netto. Österreich ist noch immer sehr stark vom klassischen Sparbuch- und Einlagendenken geprägt. Wir haben hohe private Ersparnisse, aber vergleichsweise wenig davon fließt in produktive Kapitalmarktinvestitionen. Damit verzichten wir auf zwei Dinge: auf langfristige Renditechancen für die Menschen und auf Eigenkapital für unsere Unternehmen.

Was braucht es, damit der Kapitalmarkt für mehr Österreicher attraktiv wird?
Hier gab es in den letzten Jahren große Sprünge nach oben. Unser einmal jährlich erhobenes Aktienbarometer zeigt, dass mittlerweile mehr als ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher Wertpapiere besitzen. Das Thema Wertpapiere und Kapitalmarkt ist also in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Damit der Kapitalmarkt attraktiver wird, braucht es drei Dinge: Erstens mehr Finanzbildung – und zwar möglichst früh. Zweitens: einfache und verständliche Möglichkeiten zum langfristigen Investieren. Und drittens entsprechende steuerliche Anreize für langfristige Vorsorge und Vermögensbildung.

Besonders wichtig ist es, früh anzusetzen – wenn Menschen schon in jungen Jahren Erfahrungen mit langfristigem Investieren machen, entsteht über Jahrzehnte eine andere Anlagekultur. Ein Zukunftsdepot für Kinder und Jugendliche kann hier ein wichtiger Baustein sein.

Welche Rolle kann der Kapitalmarkt bei der privaten Altersvorsorge spielen?
Eine sehr wichtige – allerdings als Ergänzung zur gesetzlichen Pension und nicht als deren Ersatz.

Wer über 20, 30 oder 40 Jahre regelmäßig und breit diversifiziert investiert, kann am Wachstum und an der Wertschöpfung von Unternehmen teilhaben und zusätzliches Vermögen für das Alter aufbauen.

Österreich nutzt dieses Potenzial bislang viel zu wenig. Auch die betriebliche Altersvorsorge ist im Vergleich zu Ländern mit stärker kapitalgedeckten Systemen relativ wenig ausgeprägt. Deshalb sollten wir die drei Säulen unseres Pensionssystems besser ausbalancieren: eine starke gesetzliche Pension, ergänzt durch eine leistungsfähigere betriebliche und private Vorsorge.

Welche Bedeutung hat ein stärkerer Kapitalmarkt für Österreichs Wirtschaft und Unternehmen?
Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist ein wesentlicher Standortfaktor – Unternehmen brauchen Kapital, um zu investieren, zu wachsen, Innovationen zu finanzieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Banken bleiben der zentrale Finanzierungspartner, aber gerade für innovative und schnell wachsende Unternehmen reicht Fremdkapital alleine oftmals nicht aus; sie brauchen Eigen- und Risikokapital. Die EU-Kommission weist darauf hin, dass ein erheblicher Teil des zusätzlichen europäischen Investitionsbedarfs innovative Unternehmen und KMU betrifft, die nicht ausschließlich über Banken finanziert werden können.

Es geht daher nicht um Kapitalmarktpolitik als Selbstzweck: Ein stärkerer Kapitalmarkt bedeutet mehr Investitionen, mehr Innovation, mehr Wachstum – und letztlich mehr wirtschaftliche Resilienz im Falle von Krisen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Reform der betrieblichen Altersvorsorge – und wo besteht noch Handlungsbedarf?
Die Reform geht mit einer stärkeren Öffnung der zweiten Säule bereits in die richtige Richtung. Hier darf man aber jetzt nicht stehen bleiben, weitere Schritte müssen folgen – denn nur rund jeder vierte Erwerbstätige erhält derzeit oder künftig eine Leistung aus einer Pensionskasse. Genau hier liegt langfristig großes Potenzial. Unser Ziel sollte sein, dass möglichst viele Arbeitnehmer während ihres Erwerbslebens systematisch zusätzliches Pensionskapital aufbauen können. Entscheidend ist dabei der langfristige Veranlagungshorizont: Wer über Jahrzehnte vorsorgt, braucht Rahmenbedingungen, die langfristige, diversifizierte Kapitalmarktveranlagungen ermöglichen.

Wo liegen die Grenzen nationaler Maßnahmen beim Thema Kapitalmarkt – und welche Rolle spielt die europäische Ebene?
Österreich kann national sehr viel tun: bei der Besteuerung, bei der Finanzbildung, bei der Altersvorsorge, bei der Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen und bei den Rahmenbedingungen für private Investitionen. Auf europäischer Ebene ist die Savings and Investments Union ein wichtiger Ansatz. Europa verfügt über enormes privates Vermögen – die entscheidende Frage ist, wie wir mehr davon für Wachstum, Innovation, Transformation und Infrastruktur in Europa mobilisieren können.

Angelika Sommer-Hemetsberger ist Präsidentin des Aktienforums

Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist ein wesentlicher Standortfaktor.

„Brauchen ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken“

Therese Niss, die im Mai 2026 den Vorsitz des IV-Ausschusses für Bildungspolitik übernahm, bringt als Geschäftsführerin der Mitterbauer Beteiligungs GmbH und ehemalige Nationalratsabgeordnete sowohl ihren industriellen Hintergrund als auch ihre politische Erfahrung in diese neue Aufgabe ein. Bildungsfragen sind ihr in allen Funktionen ein Hauptanliegen – nicht zuletzt als Vorständin der MINTality-Stiftung, die seit 2022 Mädchen für Technik begeistert.

Frau Niss, Sie haben den Vorsitz des bildungspolitischen Ausschusses der IV übernommen. Was motiviert Sie zu diesem Engagement und wo wollen Sie Ihre Schwerpunkte setzen?
Therese Niss: Bildung war mir immer schon ein Anliegen und ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit, denn sie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft aller. Ich freue mich sehr, dass ich das jetzt zentral in der IV einbringen kann. Ich schätze den breiten Zugang der IV sehr – vom Kindergarten über Schule und Berufsbildung bis hin zu Hochschule und Weiterbildung –, denn diese greifen wie Zahnräder ineinander, wenn es darum geht, Kompetenzen für Gesellschaft und Arbeitsmarkt hervorzubringen. Die Elementarbildung z. B. ermöglicht Eltern nicht nur ihr Engagement am Arbeitsmarkt, sie ist auch die beste Prävention gegen Kompetenzlücken und Bildungsabbruch. Wenn ich ein Herzensthema nennen soll, dann ist es wohl MINT – und vor allem, mehr Mädchen dafür zu begeistern.

Täuscht der Eindruck oder hat die Bildungspolitik unter der aktuellen Bundesregierung an Dynamik gewonnen? Wie schätzen Sie die aktuellen Initiativen ein?
Das ist auch mein Eindruck – mit neuen Deutschfördermaßnahmen, dem Chancenbonus für Schulen, neuen Lehrplänen und einem neuen „mittleren Management“ an Schulen wurden vom Bildungsminister schon wichtige Schritte gesetzt. Jetzt gilt es, die vielen weiteren Visionen konsequent umzusetzen; und dabei dürfen die berufliche Bildung und MINT nicht zu kurz kommen.

Mit der MINTality-Stiftung oder zuletzt dem von Ihnen initiierten Cross-Mentoring-Programm sind Sie mehrfache Kooperationspartnerin der IV. Welche Vision einer Verbindung von Industrie und Bildung steht dahinter?
Mit Cross Mentoring bringen wir Schulleitungen und Führungskräfte aus der Wirtschaft in den Austausch; oder mit M:ndset HTL, einem von der IV mitinitiierten MINTality-Projekt, machen wir den Schultyp HTL gemeinsam attraktiver für Mädchen. Es geht immer um einen Austausch auf Augenhöhe, der die Bedürfnisse und Perspektiven aller Seiten ernst nimmt. Wir leisten dabei die Übersetzungsarbeit, und siehe da – dann klappt es sehr gut.

Der Prozess zur Hochschulstrategie 2040 läuft noch bis Anfang 2027 – was sind Ihre Top-Anliegen?
Wir brauchen dringend zukunftsfitte Hochschulen mit klaren Profilen, mehr Exzellenz und einer konsequenten Ausrichtung auf die Bedarfe unseres Standorts. Dazu gehören starke Industriekooperationen, schlanke Strukturen in der Hochschulgovernance und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken: in der Steuerung, seitens der Lehrenden wie auch von den Studierenden selbst. Österreich kann es sich nicht leisten, dass Studien deutlich länger dauern als im OECD-Schnitt: Laut OECD schließen nur 21 % der

Bachelorstudierenden ihr Studium in der Regelstudienzeit ab, gegenüber 43 % im OECD-Durchschnitt. Unser Ziel müssen mehr hoch qualifizierte Absolventinnen und Absolventen, kürzere Studiendauern und ein System sein, das Leistung, Qualität, Exzellenz und Innovation konsequent fördert.

Aktuelles in Kürze

HTL: Gemeinsam die Technikschule der Zukunft weiterentwickeln

Die HTL ist ein Erfolgsmodell des Industriestandorts Österreich – gleichzeitig liegt der Mädchenanteil in den Technikschulen vielerorts weiterhin nur bei rund 20 Prozent. Mit der Initiative m:ndset HTL treiben Industriellenvereinigung, die MINTality Stiftung und mittlerweile knapp 30 HTLs einen österreichweiten Veränderungsprozess voran: Ziel ist es, HTLs mädchenfreundlicher zu gestalten und mehr junge Frauen für Technik und Innovation zu gewinnen.

Im Zentrum stehen die m:ndset Groups, in denen Direktion, Lehrkräfte, Schülerinnen und Unternehmenspartner gemeinsam Projekte entwickeln und umsetzen. IV-Mitgliedsunternehmen sind nunmehr eingeladen, sich über HTL-Kuratorien und bestehende Schulkooperationen aktiv einzubringen. Gemeinsam können so Rahmenbedingungen geschaffen werden, die mehr Mädchen für technische Bildungswege begeistern und langfristig die Fachkräftebasis stärken.

Parallel dazu arbeitet das Bildungsministerium an neuen HTL-Lehrplänen, die ab 2027/28 gelten sollen. Die IV begleitet diesen Prozess und organisiert Austauschformate zwischen Industrie und Bildungsministerium, um den Unternehmen die Mitgestaltung der Zukunft der Technikschule zu ermöglichen.

INFORMATION:

Kontakt zur Mitwirkung:
wolfgang.haidinger@iv.at und
viktor.fleischer@iv.at

m:ndest HTL: Mitwirkende Schulen (Stand September 2026)

Wien	HTL Traun	Kärnten
Camillo Sitte Bautechnikum	HTL Grieskirchen	HTL Ferlach
HTL Spengergasse	Salzburg	HTL Villach
HTL Wien West	HTL Saalfelden/Pongau	HTL Wolfsberg
TGM Wien	Steiermark	Vorarlberg
Burgenland	HTL Kaindorf	HTL Bregenz
HTL Eisenstadt	HTL Kapfenberg	HTL Dornbirn
HTL Pinkafeld	HTL Leoben	HTL Rankweil
Niederösterreich	HTL Weiz	Tirol/Südtirol
HTL Hollabrunn	HTL Zeltweg	HTL Innsbruck-Anichstraße
HTL Krems	HTL Trieben	HTL Innsbruck-Trenkwalderstraße
Oberösterreich	HBLA Forstwirtschaft Bruck an der Mur	HTL Reutte
HTL Braunau		Technologische Fachoberschule „Max Valier“ Bozen
HTL Steyr		

Reformpartnerschaft Bildung: Bessere Steuerung im Bildungsbereich

Mit der Reformpartnerschaft arbeiten Bund, Länder und Gemeinden an strukturellen Verbesserungen in zentralen Zukunftsbereichen – darunter auch Bildung. Ziel ist es, Zuständigkeiten klarer zu regeln, Doppelgleisigkeiten abzubauen und öffentliche Leistungen effizienter zu organisieren. Im Bildungsbereich wurden zuletzt wichtige Einigungen erzielt. Aus IV-Sicht besonders erfreulich sind das geplante Bundesqualitätsrahmengesetz für die Elementarpädagogik mit bundesweit verbindlichen Mindestqualitätsstandards, das Prinzip „Personal aus einer Hand“ an Schulen, mehr Autonomie für Schulleitungen sowie die Modernisierung und Vereinheitlichung der digitalen Schulverwaltung.

Die Industriellenvereinigung hat sich im Vorfeld mit klaren Positionen eingebracht; viele zentrale Anliegen wurden aufgegriffen. Damit ist ein wichtiger Schritt gelungen – für bessere Bildung, mehr Vergleichbarkeit und eine stärkere Fachkräftesicherung. Entscheidend ist nun die rasche gesetzliche Umsetzung. Die IV wird sich dafür einsetzen, dass sich diese Einigung nun auch in konkreten gesetzlichen Änderungen widerspiegelt.

Fotos: Nadine Story, Katharina Schiffl, IV

Pension Overshoot Day: Heuer schon am 10. August

Seit diesem Tag ist Österreichs Pensionssystem heuer rechnerisch auf Steuergeld angewiesen – so früh wie noch nie.

Seit dem 10. August ist Österreichs Pensionssystem heuer rechnerisch auf Steuergeld angewiesen. An diesem Tag waren die Pensionsbeiträge eines ganzen Jahres aufgebraucht – seither springen die Steuerzahler ein, heuer mit rund 34,1 Milliarden Euro oder 240 Millionen Euro pro Tag. Der Pension Overshoot Day, den die Junge Industrie jährlich erhebt, macht sichtbar, was in der Pensionsdebatte gerne im Ungefähren bleibt: Das Umlagesystem trägt sich längst nicht mehr selbst und die Rechnung landet bei jenen, die heute einzahlen.

Die Berechnung beruht auf dem Mittelfristgutachten der Alterssicherungskommission vom November 2025. Das Ergebnis? Der Stichtag rückt Jahr für Jahr nach vorne: vom 19. August 2023 über den 16. August 2024 und den 12. August 2025 auf heuer den 10. August. Damit fiel der Pension Overshoot Day erstmals noch vor den Tag der Jugend, was einer gewissen Ironie nicht entbehrt: Noch bevor der Internationale Tag der Jugend beginnt, ist das Geld für deren Pensionen bereits verbraucht. Ohne Reformen wandert der Stichtag laut Gutachten bis 2030 auf den 5. August.

Hier stellt sich die Frage: Wie soll sich das ausgehen? Auf die klaffende Lücke wies JI-Bundesvorsitzender Eduard Fröschl auch vor der Großbaustelle der Pensionsversicherungsanstalt im zweiten Wiener Gemeindebezirk hin. Zwischen Kran und Gerüst wird dort kräftig in das neue Gebäude investiert – während dem Pensionssystem rechnerisch das Geld ausgeht; treffender lässt sich die Schieflage kaum darstellen. Zusätzlich machte medial dieses Jahr auch erstmals eine breite Allianz junger Industrie- und Wirtschaftsvertreter auf die markante Schieflage aufmerksam; ein Schulterschluss jener Generation, die das System aktuell finanziert.

Die Stoßrichtung ist klar: Es braucht Reformen im Umlagesystem und einen ehrlichen Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge. Dass mit Zukunftsdepot und Staatsfonds-Debatte zuletzt Bewegung in das Thema gekommen ist, zeigt, dass sich Beharrlichkeit auszahlt. Der nächste logische Schritt: eine allgemeine Behaltefrist – damit sich langfristige Vorsorge am Kapitalmarkt für alle lohnt.

JI-Bundesvorsitzender Eduard Fröschl vor der Baustelle der Pensionsversicherungsanstalt: „Wie soll sich das ausgehen?“

Sommerwochenende in der Wachau

Mitte Juni kamen JI-Mitglieder aus ganz Österreich in der Wachau zusammen – zum Sommerwochenende 2026 zwischen Weinbergen, Donau und guten Gesprächen. Den Auftakt machte bereits am Freitag der Leaders Circle: Bundesvorsitzender Eduard Fröschl gab einen Einblick in die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden Monate; im Austausch mit Unternehmer Stephan Zöchling wurde über Industrie, Standort und Unternehmertum diskutiert. Das offizielle Programm eröffnete eine Betriebsbesichtigung bei Winzer Krems, bevor es weiter in die Wachau ging: auf den Loibenberg, mit der Zille über die Donau und am Abend zur Sonnwendfeier. Für inhaltlichen Input sorgte der Impulsvortrag von Startup-Gründerin Anna Marton, organisiert von der Landesgruppe Niederösterreich/Burgenland. Vor allem aber blieb Zeit für das, was die Junge Industrie ausmacht: Begegnung und Austausch über Bundesländergrenzen hinweg. Die Vorfreude auf das nächste Wiedersehen – bei der Bundestagung in Leoben Anfang Oktober – ist damit garantiert.

JI-Mitglieder aus ganz Österreich beim Sommerwochenende 2026 in der Wachau.

Fotos: Stefan Simonovic, JI-NÖ/Bgld, JI

SEKT, KAVIAR UND EINE LEBER-KÄSSEMMEL

Im Sommer ist ein Ruck durch die Wirtschaftskammer gegangen. Durch Medienberichte wurde bekannt, was manche Personen in der Wiener Wirtschaftskammer über ihre Mitglieder in der Industrie so denken. „Vom Kaviar-Frühstück kommend in den Sektbrunch“, hieß es da – garniert mit Vokabeln, die ich nicht unbedingt wiederholen möchte.

Ich habe dabei an mein eigenes Frühstück in dieser Woche gedacht: eine Leberkässemmel und ein schwarzer Kaffee, eingenommen um halb acht auf einer Baustelle. Die Tasse dazu haben wir gleich bedrucken lassen: „Kaviarfrühstück. Sektbrunch.“ steht darauf. Wenn einem das Klischee der abgehobenen Industrie schon serviert wird, darf man es mit Selbstironie auch an den Absender zurückgehen lassen.

Aus dieser Tasse ist mehr geworden: die „JI Breakfast Challenge“. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich zeigten seither, wie ihr Tagesstart tatsächlich aussieht – in der Werkshalle, der Produktion oder auf der Baustelle. Kein Kaviar weit und breit – dafür Menschen, die früh aufstehen, Verantwortung für ihre Teams tragen und sich jeden Tag im Wettbewerb behaupten. Es ist die beste Antwort auf eine solche Polemik: einfach zeigen, wie es wirklich aussieht.

Die Sache bleibt jedoch ernst: Die Wirtschaftskammer braucht eine echte und tiefgreifende Reform – schlankere Strukturen statt Doppelgleisigkeiten, Transparenz bei Bezügen und Spesen und spürbar niedrigere Umlagen für die Mitglieder, die das alles bezahlen. Eine personelle Veränderung ist noch keine Reform. Und die Reformbemühungen dürfen die heiklen Fragen nicht liegen lassen – dafür setzen wir uns als JI auch weiterhin ein.

Denn die junge Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern hat wenig übrig für Grabenkämpfe zwischen Institutionen. Sie will wissen, ob sich Leistung noch lohnt und ob ihre Beiträge sinnvoll und zweckmäßig eingesetzt werden. Darüber sollten wir streiten – gerne auch zugespitzt, aber miteinander statt übereinander.

Zum Beispiel bei einem Frühstück auf der Baustelle, morgens um halb acht. Die Leberkässemmel geht gerne auf mich. Der Kaviar bleibt daheim – den hat aber ohnehin keiner von uns im Kühlschrank. Bon appétit!

Eduard Fröschl,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Euregio-Premiere für Industrie und Hochschulen

Zum ersten Mal trafen sich die Präsidien der Industrieverbände aus Tirol, Südtirol und dem Trentino in Innsbruck gemeinsam mit den Rektorinnen und Rektoren von sieben Universitäten und Hochschulen aus der Europaregion. Sie diskutierten, wie erfolgreiche Kooperationsmodelle über die Regionsgrenzen hinweg weiterentwickelt und Wissenschaft und Wirtschaft enger vernetzt werden können.

1,86 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung, mehr als jeder zweite Euro davon im Unternehmenssektor: Das zeigen die jüngsten für alle drei Regionen vergleichbaren Eurostat-Daten für 2023. Diese Forschungsstärke ist ein zentraler Motor des wirtschaftlichen Erfolgs der Europaregion; sichtbar in ihren international erfolgreichen, technologie- und innovationsgetriebenen Industrieunternehmen. Am 3. September wurde in Innsbruck der nächste Schritt gesetzt: regionale Erfolgsmodelle über die Grenzen hinweg zu einem gemeinsamen Innovationsraum zu verbinden und daraus neue Forschungsprojekte, industrielle Anwendungen und Wertschöpfung zu entwickeln. „Der künftige Erfolg unserer heimischen Industrie entscheidet sich an ihrer Innovationskraft. Dafür verfügt die Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino über außergewöhnliche Voraussetzungen: exzellente Hochschulen, international erfolgreiche Industrieunternehmen und bewährte Kooperationen. Jetzt müssen wir aus regionaler Stärke gemeinsame Schlagkraft machen. Ziel dieses Austauschs ist es, Forschung schneller in industrielle Anwendung zu bringen – für neue Technologien, zusätzliche Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze. Deshalb bringen wir Wissenschaft und Industrie in der Europaregion erstmals auf dieser Ebene zusammen“, sagte Max Kloger, Präsident der Industriellenvereinigung Tirol.

Die Präsidiumsmitglieder der IV Tirol, des Unternehmerverbands Südtirol und der Confindustria Trento gemeinsam mit den Rektorinnen und Rektoren der teilnehmenden Universitäten und Hochschulen.

Erfolgsmodelle weitertragen

Die Universität Innsbruck, die Medizinische Universität Innsbruck, die UMIT TIROL, die Freie Universität Bozen, die Universität Trient, das Management Center Innsbruck und die Hochschule Kufstein Tirol stellten ausgewählte Beispiele ihrer Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Industrie vor. Im Mittelpunkt standen Forschungs- und Innovationsprojekte, Wissens- und Technologietransfer, Kooperationen in Lehre und Weiterbildung sowie gemeinsame Ansätze zur Fachkräftesicherung. Entscheidend war dabei nicht allein, was in einer Region bereits funktioniert; der gemeinsame Blick richtete sich darauf, welche Erfolgsfaktoren übertragbar sind, wo sich Kompetenzen ergänzen und aus welchen bestehenden Ansätzen neue grenzüberschreitende Partnerschaften entstehen können.

Unternehmen als Forschungspartner

Mit den Präsidien der Industriellenvereinigung Tirol, des Unternehmerverbands Südtirol und der Confindustria Trento waren führende Industrieunternehmen aus allen drei Regionen direkt in die Diskussion eingebunden. Die Unternehmensvertreter gaben Feedback zu den vorgestellten Initiativen und brachten die Perspektive der industriellen Praxis ein. Damit wurde die Übertragbarkeit der Modelle auch mit jenen Unternehmen diskutiert, die technologische Anforderungen, Anwendungserfahrung und Qualifikationsbedarfe in mögliche Kooperationen einbringen. „Dieser grenzüberschreitende Austausch und die Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen in der Euregio sind für uns als Industrieunternehmen enorm wichtig. Wir teilen gemeinsame Werte: Offenheit, Internationalität, Innovation und Leistungsbereitschaft. Es geht darum, Theorie und Praxis noch enger zusammenzubringen, damit Forschung und Wissen noch besser in innovative Produkte und Lösungen umgesetzt werden können. Junge, gut ausgebildete Menschen mit digitalen und vor allem auch technischen Kompetenzen sind unser Potenzial. In vielen Kooperationsprojekten mit den Universitäten und Hochschulen suchen wir deshalb frühzeitig den Kontakt mit den Studierenden und zeigen ihnen die attraktiven beruflichen Perspektiven in unseren Hightech-Unternehmen auf“, erklärte Alexander Rieper, Präsident des Unternehmerverbands Südtirol.

Neue Partnerschaften im Blick

Der Austausch in Innsbruck brachte Hochschulleitungen und führende Industrieunternehmen erstmals in einem Euregio-weiten Arbeitsdialog zusammen. Daran knüpfen die drei Verbände an: Die Industriellenvereinigung Tirol, der Unternehmerverband Südtirol und Confindustria Trento verankern die grenzüberschreitende Vernetzung von Wissenschaft und Industrie stärker in ihrer gemeinsamen strategischen Arbeit, führen den Dialog fort und entwickeln das Euregio-Format weiter. Der Präsident von Confindustria Trento, Lorenzo Delladio, betonte: „Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, braucht es starke Innovationsökosysteme, die in der Lage sind, Universitäten, Unternehmen und Regionen miteinander zu vernetzen. Trentino, Südtirol und Tirol verfügen über außergewöhnliche Kompetenzen und Spitzenleistungen – die Zusammenarbeit auf Euregio-Ebene zu stärken bedeutet, ein attraktiveres Ökosystem für Talente, Investitionen und neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen und dabei das Potenzial der gesamten Region zu nutzen.“

TIROL UND SÜDTIROL VERTIEFEN ZUSAMMENARBEIT

Die Präsidien der IV Tirol und des Unternehmerverbands Südtirol berieten am 3. September in Innsbruck über die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industriestandorte und konkrete Ansätze zur Verbesserung der Standortbedingungen. Ihre Zusammenarbeit stärken sie mit einem jährlichen gemeinsamen KI-Forum, abwechselnd in Nord- und Südtirol.

Hohe Arbeits- und Energiekosten, Bürokratie und knappe Betriebsflächen stellen Industrieunternehmen in Tirol und Südtirol vor ähnliche Herausforderungen. Wie beide Regionen darauf reagieren, war Gegenstand der gemeinsamen Präsidiumssitzung mit den Präsidenten Max Kloger und Alexander Rieper. Auf Tiroler Seite nahmen außerdem Vizepräsidentin Gabriele Punz-Praxmarer, die Vizepräsidenten Eduard Fröschl und Simon Meinschad sowie Geschäftsführer Michael Mairhofer teil, auf Südtiroler Seite waren Vizepräsidentin Katrin Höller, Vizepräsident Markus Kofler, Stefan Barbieri, Thomas Brandstätter und Direktor Mirco Marchiodi vertreten.

Industriestandorte langfristig stärken

Den strategischen Rahmen bilden das Strategische Aktionsprogramm der Tiroler Industrie 2030 und die Agenda Südtirol 2025–2029. Beide setzen dort an, wo Wettbewerbsfähigkeit konkret entschieden wird: bei schnelleren Verfahren, Fachkräften, Energie, Infrastruktur sowie Forschung und Innovation. Die IV Tirol bündelt dafür 24 Leitprojekte mit dem Ziel, Tirol bis 2030 unter die 20 wettbewerbsfähigsten Industrieregionen Europas zu bringen; der Unternehmerverband Südtirol nutzt mit seiner Agenda gezielt die Gestaltungsmöglichkeiten der Autonomie, um Investitionen zu erleichtern und den Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln. Die Präsidien tauschten sich darüber aus, welche Ansätze sich auch für die jeweils andere Region nutzen lassen, und vertieften den Vergleich anschließend bei konkreten Standortfragen wie Flächen, Fachkräften und Energie.

Entwicklung am Standort ermöglichen

Damit Unternehmen am Standort investieren und wachsen können, brauchen sie geeignete Flächen und qualifizierte Arbeitskräfte. Die Präsidien besprachen deshalb, wie sich betriebliche Erweiterungen langfristig absichern lassen. Die IV Tirol stellte ihr Konzept für Vorsorgeflächen vor, der Unternehmerverband brachte Erfahrungen mit Südtiroler Gewerbegebieten ein. Ein zentraler Ansatz ist die Abstimmung der Flächenplanung über Gemeindegrenzen hinweg. Auch bei der Fachkräftegewinnung stehen beide Regionen vor ähnlichen Aufgaben: Das von der IV Tirol mitgetragene Welcome Service unterstützt internationale Fachkräfte und ihre Familien beim Ankommen; der Unternehmerverband Südtirol plant ein vergleichbares Angebot. Mit F.I.T. – Fachkräfte für Innovation und Technik wurde zudem ein Tiroler Projekt zur gezielten Fachkräftegewinnung im In- und Ausland diskutiert. Eine gemeinsame Herausforderung bleibt der Wohnraum: Knappe und teure Wohnungen erschweren es Unternehmen in beiden Regionen, Fachkräfte zu gewinnen.

Energieversorgung und Planungssicherheit

Bei der Energieversorgung standen der geplante österreichische Industriestrompreis und der Ausbau erneuerbarer Energien in Südtirol im Mittelpunkt. Zum Zeitpunkt der Sitzung waren zentrale Eckpunkte der österreichischen Förderung noch nicht festgelegt. Für die Unternehmen ist rasche Klarheit über Ausgestaltung und Zugang wichtig, damit sie ihre Energiekosten verlässlich kalkulieren können. Der Unternehmerverband stellte eine Bevölkerungsbefragung vor, die mehrheitliche Zustimmung zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger und zu Speicheranlagen zeigte. Als wesentliche Vorteile nannten die Befragten günstigere Strompreise und eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten. Auch eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren fand mehrheitliche Unterstützung.

KI aus der Praxis

Zum Abschluss beschlossen die Präsidien der IV Tirol und des Unternehmerverbands Südtirol gemeinsam, künftig einmal jährlich ein KI-Forum zu veranstalten, abwechselnd in Nord- und Südtirol. Das Format soll Unternehmen Einblicke in konkrete Anwendungen geben und den Erfahrungsaustausch über den Einsatz künstlicher Intelligenz fördern. So wird betriebliche Erfahrung über die Landesgrenzen hinweg für andere Unternehmen nutzbar.

Fotos: IV Tirol / Schreier

Technologiereise 2026: Einblicke in den Innovationsstandort Schweiz

Was macht einen erfolgreichen Industriestandort innovativ, und was lässt sich daraus für Tirol mitnehmen? 20 Funktionäre der IV Tirol gingen dieser Frage bei der Technologiereise 2026 in der Schweiz nach – mit Besuchen bei Industrie- und Technologieunternehmen, Forschungseinrichtungen und im Austausch über wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Die Technologiereisen der IV Tirol führen bewusst an Standorte, an denen neue Technologien entwickelt, industrielle Lösungen umgesetzt und unterschiedliche Zugänge zu Innovation sichtbar werden. Von 7. bis 9. September bot die Schweiz dafür Einblicke in hoch spezialisierte Produktion, Pharma, KI und Robotik ebenso wie in das Zusammenspiel von Forschung und Industrie.

Spezialisiert produzieren

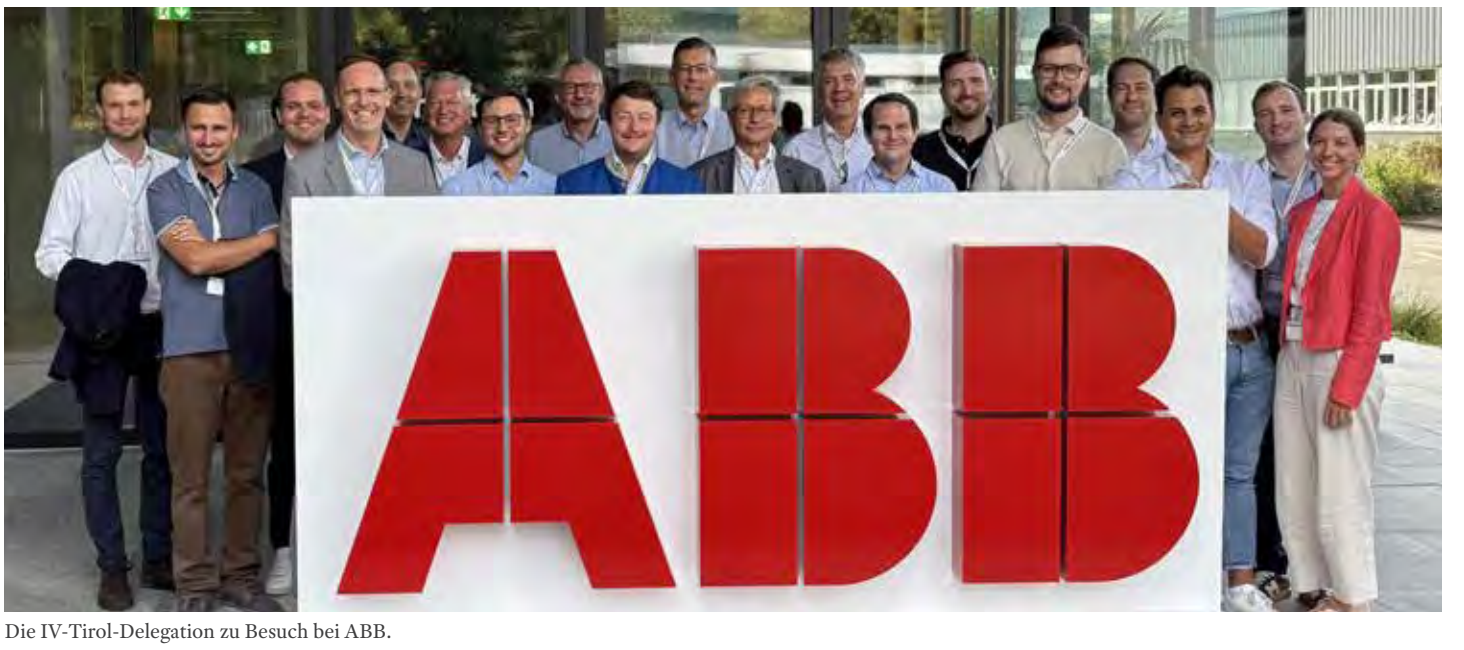
Schon die ersten Besuche bei Hilti in Thüringen und ABB in Untersiggenthal zeigten, wie stark industrielle Spitzenproduktion von Spezialisierung und Fachwissen geprägt ist. Bei Hilti werden komplexe Geräte in vielen einzelnen Arbeitsschritten gefertigt, bei ABB entstehen hoch spezialisierte Komponenten in sehr kleinen Losgrößen. Auffällig war an beiden Standorten die Bedeutung hoch qualifizierter Mitarbeiter und ihres Know-hows: Technologische Stärke zeigt sich hier nicht nur in Automatisierung, sondern ebenso in Erfahrung und Präzision. Beim Austausch mit economiesuisse rückten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Schweiz in den Mittelpunkt. Diskutiert wurden unter anderem Bürokratie und Regulierung, hohe Lohnnebenkosten bei gleichzeitig niedrigen Steuern sowie die außenwirtschaftliche Ausrichtung der Schweiz, etwa das Freihandelsabkommen mit China. Auch die Rolle der Kurzarbeit als ökonomischer Stabilisator und pragmatische Ansätze im Umgang mit wirtschaftlichen Veränderungen waren Thema.

Innovation vernetzen

Der Novartis Campus in Basel machte die internationale Dimension eines Unternehmens greifbar, das auch für den Industriestandort Tirol große Bedeutung hat. Am globalen Hauptsitz ließen sich Geschichte und Entwicklung von Novartis konzentriert nachvollziehen. Zugleich wurde erlebbar, wie eng Forschung, Entwicklung und Innovation am Pharmastandort Basel zusammenwirken. Bei Google wiederum stand der Austausch über aktuelle technologische Entwicklungen im Mittelpunkt; von künstlicher Intelligenz und Rechenzentren bis zur Frage, welche Rolle Europa in dieser Veränderung spielen kann. An der ETH Zürich ging es dann um aktuelle Entwicklungen in der Robotik: Vieles, was derzeit etwa über Robot Games auf Social Media Aufmerksamkeit erhält, ist noch nicht praxisreif. Im praktischen Einsatz kommt es darauf an, Roboter als Maschinen und Werkzeuge zu verstehen und dort einzusetzen, wo sie konkreten Nutzen bringen.

Technologien erproben

Wie neue Technologien in die Anwendung kommen können, zeigte NEST in Dübendorf: In diesem Reallabor für die Zukunft des Bauens werden neue Ansätze gemeinsam von Forschung und Industrie erprobt. Im Mittelpunkt der Besichtigung standen Kreislaufwirtschaft sowie neue Materialien und Produktionsweisen. Bei IWC in Schaffhausen zeigte sich, wie sich traditionelles Handwerk und moderne Hightech-Fertigung verbinden lassen. Hohe Fertigungstiefe und Präzision prägen die Produktion ebenso wie ein außergewöhnlicher Anspruch an Sauberkeit. Gleichzeitig bleibt die emotionale Seite der Uhrmacherei ein wesentlicher Teil des Produkts und seiner Herstellung. Den Abschluss der Reise bildete Georg Fischer: Der weltweit tätige Industriekonzern verbindet mehr als 200 Jahre Geschichte mit hochautomatisierter Produktion und laufender Innovation. Rohrsysteme werden an Standorten weltweit gefertigt; besonders stark wächst derzeit der Bereich Kühlsysteme für Rechenzentren. „Was ich aus diesen Tagen besonders mitnehme: Die Schweiz akzeptiert Veränderung, statt lange am Vergangenen festzuhalten. Man fragt sehr schnell: Was können wir unter den neuen Bedingungen tun? Und dann wird umgesetzt. Genau diese Haltung ist für einen erfolgreichen Industriestandort entscheidend“, fasst IV-Tirol-Geschäftsführer Michael Mairhofer die Eindrücke der Reise zusammen.



Die IV-Tirol-Delegation zu Besuch bei ABB.

Was Europas nächste Unternehmergeneration braucht

Was muss Europa ändern, damit die nächste Unternehmergeneration hier investieren, wachsen und im internationalen Wettbewerb bestehen kann? Darüber diskutierten junge Unternehmer aus Tirol, Vorarlberg und Südtirol am 28. August beim Forum Alpbach.

Bei der Paneldiskussion „Europa wirkt“ in der Loggia des Forum Alpbach brachte die Junge Industrie Erfahrungen aus unterschiedlichen Regionen und Unternehmen zusammen. Mit dabei waren der JI-Bundesvorsitzende und Tiroler Bauunternehmer Eduard Fröschl, Daniela Gruber von der Jungen Industrie Tirol, Kilian Dorner von der Jungen Industrie Vorarlberg und Lukas Silbernagl aus Südtirol. Im Mittelpunkt stand die Frage, wo Europa gemeinsame Stärke schafft – und wo hohe Kosten, Bürokratie und komplexe Vorgaben den Standort zunehmend unter Druck setzen.

Wenn Kosten und Regeln bremsen

JI-Bundesvorsitzender Eduard Fröschl machte deutlich, wie unmittelbar Standortbedingungen in den Unternehmen ankommen. Die Energiekosten seien derzeit die größte Herausforderung, zugleich lägen die Arbeitskosten in Österreich bereits 20 bis 25 Prozent über jenen in Italien. Auch bei Schlüsseltechnologien sieht er Handlungsbedarf: Nur rund fünf Prozent der für KI wichtigen Rechenzentren stehen laut Fröschl in Europa.

Die Antwort darauf sei aber nicht weniger Europa – Binnenmarkt, freier Warenverkehr und der Euro bleiben aus Fröschls Sicht wichtige Stärken, auf denen Europa aufbauen kann. Daniela Gruber von der Jungen Industrie Tirol zeigte, wie europäische Regulierung im betrieblichen Alltag ankommt: Am Beispiel der Verpackungsverordnung schilderte sie den zusätzlichen Aufwand, der entsteht, wenn gemeinsame Vorgaben in den Mitgliedstaaten unterschiedlich umgesetzt werden. Für Unternehmen, die in mehreren europäischen Märkten tätig sind, bedeutet das unterschiedliche Anforderungen und zusätzlichen administrativen Aufwand. Kilian Dorner und Lukas Silbernagl brachten die Perspektiven aus Vorarlberg und Südtirol in die Diskussion über Standortbedingungen und Europas Wettbewerbsfähigkeit ein.

Die großen Aufgaben angehen

Gleichzeitig machte die Diskussion deutlich, worin Europas Stärke liegt: im Binnenmarkt, im freien Warenverkehr und in gemeinsamen Lösungen für Herausforderungen, die einzelne Staaten allein kaum bewältigen können. Darauf sollte sich Europa stärker konzentrieren – und dort einfacher werden, wo Regulierung Unternehmen unnötig bremst. Für die nächste Unternehmergeneration entscheidet sich daran, ob Europa auch künftig ein Standort bleibt, an dem Investitionen und Wachstum möglich sind.

Fotos: IV Tirol / Burckhardt

Sommerfest der Tiroler Industrie: Der Standort muss aufholen

Beim traditionellen Sommerfest der IV Tirol am Achensee zog IV-Tirol-Präsident Max Kloger eine klare Bilanz: Die Industrie trägt Tirols Wachstum, während Österreich im internationalen Standortvergleich zurückfällt. Kloger fordert niedrigere Arbeits- und Energiekosten sowie Reformen bei Pensionen und Verwaltung.

Der Tiroler Sommer zeigte sich am Abend des 27. August noch einmal von seiner schönsten Seite: Rund 180 Gäste feierten bei bestem Wetter und mit Blick auf den Achensee das Sommerfest der IV Tirol bei Entners am See. Der traditionelle Sommerabschluss der Tiroler Industrie brachte Menschen zusammen, die an diversen Stellen Verantwortung für Tirol übernehmen – Unternehmerinnen und Unternehmer ebenso wie Vertreter aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur.

Auftrag an die Politik

Mit dem Sommerfest beginnt für die IV Tirol traditionell die politische Arbeit im Herbst. Präsident Max Kloger nahm den Abend zum Anlass für eine wirtschaftspolitische Standortbilanz: „Unsere Industriebetriebe bringen alles mit, um sich international zu behaupten – der Standort hält mit ihrer Qualität nicht mehr Schritt. Die Unternehmen senken Kosten, automatisieren und digitalisieren; sie tun, was sie selbst beeinflussen können. Jetzt muss die Politik jene Nachteile abbauen, die kein einzelner Betrieb korrigieren kann“, betonte Kloger. Landeshauptmann Anton Mattle unterstrich in seinen Grußworten die Bedeutung der Industrie für Tirol: Mit Blick auf die schwierige Lage würdigte er den Mut und das Engagement, mit denen die Unternehmen weiterarbeiten und investieren. Aufgabe der Politik sei es, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. „Sie sind tatsächlich eine tragende Säule der Tiroler Wirtschaft, eine tragende Säule auch des Tiroler Wohlstands“, sagte Mattle.

Industrie trägt Tirols Wachstum

Trotz hoher Kosten und geschwächter Wettbewerbsfähigkeit bleibt die Tiroler Industrie ein zentraler Wachstumsmotor. Eine im Auftrag der IV Tirol erstellte Konjunkturprognose der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung erwartet für 2026 in der Industrie ohne Bau ein reales Plus von 1,6 Prozent, für die Tiroler Gesamtwirtschaft hingegen nur 0,6 Prozent. Der Geschäftsklimaindex der IV Tirol dämpft diesen Ausblick aber: Er sank für das zweite Quartal 2026 von 33 auf 24 Punkte; die Auftragslage hat sich verbessert, die Erwartungen für das kommende Halbjahr haben sich jedoch deutlich eingetrübt.

Österreich fällt im Standortvergleich zurück

Der Wettbewerbsdruck reicht weit über die aktuelle Konjunkturlage hinaus – Österreich ist im IMD World Competitiveness Ranking innerhalb von vier Jahren von Rang 20 auf Rang 29 zurückgefallen. Eurostat-Daten zufolge stiegen die nominellen Lohnstückkosten in Österreich zwischen 2022 und 2025 um rund 21 Prozent – sechs Prozentpunkte stärker als im Euroraum. Wie weit dieser Druck bereits in unternehmerische Entscheidungen hineinreicht, zeigt eine aktuelle österreichweite Befragung unter 270 Industrieunternehmen: 82 Prozent planen weitere Kosten- und Effizienzprogramme; gleichzeitig halten 43 Prozent eine teilweise Verlagerung von Produktion oder Fertigung in den kommenden drei bis fünf Jahren für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich. Von diesen Unternehmen nennen 96 Prozent die Personal- und Lohnkosten als einen der wichtigsten Gründe.

Entlastungen greifen zu kurz

Vor diesem Hintergrund forderte Kloger einen Reformkurs, der Entlastungen mit Strukturreformen verbindet. Der angekündigte Industriestrompreis und die für 2028 vorgesehene Senkung des FLAF-Beitrags gehören zu den Maßnahmen, die die IV seit Langem fordert. Sie müssen die Betriebe aber tatsächlich erreichen und dürfen nicht durch neue Belastungen wieder aufgezehrt werden. Den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit können sie allein nicht umkehren. Österreichs Steuer- und Abgabenquote liegt 2025 bei 43,9 Prozent – bis 2028 werden 44,4 Prozent prognostiziert, der höchste Wert seit 30 Jahren. Um diesen Trend zu drehen, muss der Staat seine großen Ausgabentreiber – allen voran das Pensionssystem – in den Griff bekommen. Nur dann kann die Abgabenlast dauerhaft sinken und wieder mehr Spielraum für Leistung, Beschäftigung und Investitionen entstehen.

Auch die drei Ehrenpräsidenten der IV Tirol genossen den Abend am See.

Tirol kann vorangehen

Kloger drängte bei der Entbürokratisierung auf mehr Tempo, denn langwierige Verfahren verzögern Investitionen und bremsen das Wachstum. Der laufende Tirol-Konvent setzt hier an: Die vom Land Tirol unter Einbeziehung der IV Tirol und der Wirtschaftskammer Tirol entwickelte digitale Verfahrensplattform wird bei der Bezirkshauptmannschaft Schwaz in gewerblichen Betriebsanlagenverfahren erprobt; erste Rückmeldungen zeigen, dass die Verfahren bereits schneller und effizienter ablaufen. Technik allein genügt allerdings nicht: In der Verwaltung braucht es einen grundlegenden Wandel – vom Verhinderer zum Unterstützer industrierelevanter Projekte.

Aus der Standortbilanz des Abends leitete Kloger den Maßstab für die kommenden Monate ab: „Wir haben in Tirol oft genug bewiesen, was möglich ist, wenn unternehmerische Kraft und politische Verantwortung zusammenkommen. Daran wollen wir anknüpfen. Dann wird aus unserer Stärke wieder ein Vorsprung – und unser Industriestandort kommt dorthin, wo er hingehört: ganz nach vorne.“

Fotos: IV Tirol / Frischauf